



BUNDESWEHR IM KRIEG

Seit dem 4.12. führt Deutschland Krieg in Syrien. Worum geht es bei diesem Einsatz?

Kriegsgründe: 2014 nein – 2015 ja

Die Ziele des Einsatzes erläutern Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag vom 30.11.2015 so: „Es geht darum, unsere Bekundung der Solidarität nach den Anschlägen von Paris und das Versprechen auf Beistand in Art. 42 Abs. 7 des EU-Vertrags nun mit Leben zu füllen. Gerade der letzte Aspekt erscheint in dieser Zeit von besonderer Bedeutung: Die Europäische Idee muss sich in der Kaskade von Euro-Krise, Flüchtlingskrise und Terrorismus immer stärker zentrifugaler Kräfte erwehren. Der deutsch-französische Motor für Europa ist jetzt so stark gefordert wie selten zuvor. Das vereinte Vorgehen der EU-Staaten auf Grundlage der Beistandsklausel des EU-Vertrags ist gerade jetzt ein notwendiges, starkes europapolitisches Signal.“

Die Teilnahme Deutschlands an dem Syrien-Krieg ist also zuallererst eine Demonstration der Bündnistreue mit Frankreich. Eine starke Achse Deutschland Frankreich soll der zerrütteten EU neue Stabilität geben. In dieser Logik könnten auch Bomben auf Libyen oder sonst wo geworfen werden, um Bündnistreue zu be-

weisen – in Afghanistan beweist Deutschland bekanntlich seit 2001 auf diese Weise seine „bedingungslose Solidarität“ mit den USA. Auf militärische Sinnhaftigkeit kommt es in dieser Sichtweise nicht unbedingt an. Wenn Bündnistreue gerade nicht so angesagt ist, wird sie nüchterner beurteilt. Vor einem Jahr sah Steinmeier eine deutsche Teilnahme am Syrien-Krieg noch so: „Wenn ein Dutzend Staaten Luftangriffe fliegen, macht es keinen Sinn, dass Deutschland als dreizehnte oder vierzehnte Nation auch noch mitfliegt. Es ist grundfalsch, die Beteiligung an Luftschlägen zum Gradmesser für internationales Engagement zu machen. Wir brauchen eine vernünftige Arbeitsteilung, es können doch nicht alle Länder das Gleiche machen.“ (Tagesspiegel 12.10.2014)

Das zweite zentrale Argument für den Einsatz lautet: „Auch sollten wir nicht vergessen, dass der Kampf gegen den IS unserer eigenen Sicherheit dient: Auch Deutschland ist Ziel islamistischen Terrors.“ Mit anderen Worten: Deutschlands Sicherheit wird von nun an nicht nur am Hindukusch, sondern auch in der syrischen Wüste verteidigt. Von dort soll keine Gefahr für Deutschland ausgehen. Auch dieses Interesse an Syrien ist rein negativ

– die sollen „uns“ in Ruhe lassen. Wer immer dort regiert, es darf von dort keine terroristische Gefahr für Deutschland ausgehen.

Assad: zum Foltern gut genug, aber jetzt sollte er gehen ... andere stehen bereit

Zunächst kommt es für die Bundesregierung darauf an, dass überhaupt regiert wird, in Syrien also wieder ein „funktionierender Staat“ entsteht. Früher war die Herrschaft der Assads in Syrien uneingeschränkt. Mit dem Staat des Diktators hatte der Westen kaum Probleme. Er war Teil der Koalition im Krieg gegen den Terror und unterstützte den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan. Verdächtige Islamisten entführte die CIA, um sie in Assads Gefängnissen foltern zu lassen. Auch die Bundesregierung half dabei mit, wie Ende 2001 bei der Entführung des deutschen Staatsbürgers Mohammed Haydar Zammar. 2002 verhörten ihn vier deutsche BND-Mitarbeiter und ein Polizist in einem Kerker in Damaskus – im Beisein seiner syrischen Folterer. Gleichzeitig flossen Millionen an deutscher Entwicklungshilfe an Assad.

Doch das „stabile“ Syrien Assads ist Geschichte, seit unter tätiger Mitwirkung von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait, den USA und der Türkei aus dem demokratischen Aufstand gegen Assad ein blutiger Bürgerkrieg wurde. In diesem Bürgerkrieg geben inzwischen islamistische Gruppen, der syrische Al-Qaida-Ableger die Al-Nusra-Front und der „Islamische Staat“ den Ton an. Darüber, wie ein „neues“ Syrien aussehen soll, wird auf internationalen Konferenzen verhandelt. Beteiligt sind alle am Konflikt interessierten Mächte, Deutschland ist

natürlich dabei – und die von diesen Mächten unterstützten Oppositionsgruppen in Syrien.

Humanitäre Hilfe leistet die Bundesregierung in den von der islamistischen Opposition in Syrien beherrschten Gebieten über den „Syria Recovery Trust Fund“. Geldgeber sind neben Deutschland u.a. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und die USA. Insgesamt 90 Mio. Dollar werden investiert – aber eben nur dort, wo die von den Geldgebern militärisch unterstützten islamistischen Oppositionsgruppen das Sagen haben. Der Versuch des „Nation Building“ mit islamistischen Warlords ist allerdings bereits in Afghanistan gescheitert.

Nicht eingeladen zu den Konferenzen über die Zukunft Syriens sind die Vertreter der Selbstverwaltungsgebiete im Norden Syriens, Rojava (kurdisch= Westen) genannt. Die Menschen dort erhalten von den internationalen Geldgebern auch keine humanitäre Unterstützung – die Türkei riegelt sogar die Grenze hermetisch ab, damit auch humanitäre Hilfsgüter-Spenden aus der Zivilgesellschaft der kurdischen Gemeinden in der Türkei oder aus Europa das Gebiet nicht erreichen können.

In Rojava wird seit der Befreiung vom Assad Regime 2012 der Versuch unternommen, eine freiheitliche Gesellschaft mit basisdemokratischen Strukturen jenseits von Nationalismus und politischem Islamismus aufzubauen. Alle ethnischen und religiösen Gruppen sind gleichermaßen auf allen Verwaltungsebenen in Rojava beteiligt. Alle wichtigen Positionen sind quotiert mit Frauen besetzt. Entscheidungen fallen zunächst auf dezentraler Ebene. Ein eigener Nationalstaat wird nicht angestrebt. Trotz der Bedingungen durch den

Krieg sind erste Erfolge sichtbar: Über die Verhältnisse in Rojava berichtete „Die Welt“ am 2014 unter der Überschrift „Wo Syrien schon frei und demokratisch ist“.

„Gute“ und „schlechte, böse“ Kurden

Aber Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, vertraut der deutsche Staat nicht – er misstraut ihnen. Deshalb sind für den deutschen Staat die Kurden in Nordsyrien „böse Kurden“.

Ihre Partei, die PYD, steht der PKK nahe und diese ist in Deutschland seit 1996 verboten. Auch eine ganz friedliche Betätigung für die PKK wird in Deutschland strafrechtlich verfolgt. Grundlage ist der § 129b StGB. Dieser wurde 2001 nach dem 11. September geschaffen, um auch die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung mit Sitz im Ausland verfolgen zu können, wie z.B. Al-Qaida. Allerdings auch der ANC von Nelson Mandela wurde bspw. vom südafrikanischen Apartheid-Regime als Terrororganisation bezeichnet. Deshalb wird nach § 129 b StGB nur die Mitgliedschaft in solchen Organisationen bestraft, deren Strafverfolgung die Bundesregierung anordnet – was den politischen Charakter der Vorschrift belegt. Zur Zeit sind acht kurdische Politiker auf der Grundlage dieser Vorschrift in Deutschland inhaftiert, davon sechs allein im Jahr 2015. Vorsitzender der PKK ist der seit 16 Jahren in der Türkei inhaftierte Abdullah Öcalan. Auf seine Lektüre der Schriften des amerikanischen Libertären Murray Bookchin geht die Idee des „Demokratischen Konföderalismus“ zurück, die in Rojava in die Tat umgesetzt werden soll.

Die „guten Kurden“, das sind für die Bundesregierung die Kurden im Nordirak, die

unter der Herrschaft der Familiendynastie Barzani leben. Als 1979 Mustafa Barzani, der Gründer der irakischen Kurdenpartei KDP, verstarb, vererbte den Parteivorsitz an seinen Sohn, den heutigen Präsidenten, Massud Barzani. Dessen erklärtes Ziel ist die Schaffung eines kurdischen Nationalstaats im Norden des Irak, vielleicht auch darüber hinaus. Seine Amtszeit als Präsident ist zwar längst abgelaufen, Wahlen finden aber nicht statt.

Barzani pflegt gute Beziehungen zur Türkei und ist schon lange ein Verbündeter der USA. Im Nordirak gibt es, finanziert durch den Ölreichtum, einen florierenden Kapitalismus. Der Vormarsch des IS im Irak bedeutete für die Regierung Barzani vor allem eine nicht unwillkommene Schwächung der irakischen Armee und damit des irakischen Zentralstaats. Dies nutzte die Barzani Regierung dazu, ihren Herrschaftsbereich auf die Ölmetropole Kirkuk auszudehnen, „ISIS hat für uns die Dreckarbeit gemacht“, zitierte die FAZ am 17.6.2014 unter der Überschrift „Die Profiteure der ISIS-Offensive“ einen Mitarbeiter der kurdischen Regionalregierung im Nordirak. Die vom „Islamischen Staat“ im August 2014 mit Völkermord bedrohten in Shingal hofften vergebens auf die Hilfe der Peshmergas der Barzani-Regierung. Ihnen kamen allein Einheiten der PKK aus der Türkei und die Selbstverteidigungskräfte aus Rojava zu Hilfe, die einen Fluchtkorridor durch IS-Gebiet erkämpften und Tausende Êziden evakuierten, um sie vor dem sicheren Genozid zu retten. Barsanis Peshmergas hatten scheinbar kein Interesse an dieser wirtschaftlich wenig bedeutsamen Region und den dort lebenden Menschen.

2014 wurde diese Unterscheidung zwischen „guten Kurden“ und „bösen Kurden“ in der Art und Weise deutlich, wie die USA gegen den IS im Irak intervenierten und auch die Bundesregierung Waffen an die Regionalregierung von Barzani im Nordirak lieferte. Deniz Yücel analysierte das in der TAZ so: „Dass sie beschlosssen, Waffen an die nordirakischen Kurden zu liefern – wogegen nichts einzuwenden wäre –, aber zugleich klarmachten, dass sie PYD und PKK nicht unterstützen würden, hat der „Islamische Staat“ als Einladung aufgefasst, nach dem gescheiterten Angriff Anfang Juli erneut gegen Kobanê vorzurücken. Diesen Kurden, so müssen die Dschihadisten gedacht haben, wird eh keiner helfen.“

Unterstützung für Selbstverteidigung und Selbstverwaltung

Die Bilder des daraufhin vom IS belagerten Kobanê gingen 2014 um die Welt – und mit ihnen die Bilder der die Stadt verteidigenden Einheiten der Volksverteidigungskräfte Rojavas der YPG und YPJ. Am Ende war die Stadt – auch mit Luftunterstützung der USA – befreit. Auf die Frage des *Tagesspiegel* nach einer Unterstützung der Menschen in Kobane erklärte Außenminister Steinmeier am 12.10.2014: „Wir helfen humanitär, wir liefern militärische Ausrüstung an die Kurden im Nordirak.“

★ **Nicht die deutsche Mitwirkung am Syrienkrieg ist also erforderlich, sondern die Solidarität mit den Menschen in Rojava und ihre praktische Unterstützung.**

★ **Nicht die Abschottung der Grenze zwischen Europa und der Türkei ist das Gebot der Stunde, sondern die Öffnung der Grenze zwischen Rojava und der Türkei.**

★ **Wir fordern, Rojava international anzuerkennen. Es kann nicht sein, dass über die Zukunft Syriens ohne die Beteiligung der sechs Millionen Menschen in Rojava auf internationalen Konferenzen verhandelt wird.**

★ **Die Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer Politiker in Deutschland muss beendet werden, das PKK Verbot muss endlich aufgehoben werden.**

PERSPEKTIVE ROJAVA/Solidaritätskomitee Münster ist ein Bündnis verschiedener Münsteraner Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die die soziale Revolution in Rojava solidarisch begleiten und unterstützen.

Wer mitmachen möchte, Ideen und Engagement einbringen will oder einfach nur neugierig und interessiert ist, ist ganz herzlich eingeladen, Mittwochs bei uns vorbeizuschauen!

PERSPEKTIVE ROJAVA/Solidaritätskomitee Münster trifft sich Mittwochs 18 Uhr im Institut für Theologie und Politik
Friedrich Ebert Straße 7
(Ecke Dammstraße).

<http://muenster.org/rojava>
www.facebook.com/perspektive.rojava